

„Japan, die einzige Atombombenopfernation“ – Identität oder Lebenslüge?

Am 7. Juli 2017 wurde bei der UNO-Generalversammlung der Atomwaffenverbotsvertrag verabschiedet. 122 Länder, nämlich mehr als 60% der 193 UNO-Mitgliedstaaten stimmten ihm zu. Der Vertrag verbietet Staaten Atomwaffen zu testen, zu entwickeln, zu produzieren, zu besitzen und zu stationieren. Außerdem sind die Weitergabe, die Lagerung und der Einsatz sowie die Drohung des Einsatzes verboten. Darüber hinaus verbietet der Vertrag solche Aktivitäten zu unterstützen, zu fördern oder einen anderen Staat dazu zu bewegen, diese Handlungen zu unternehmen.

In der Präambel des Vertrags steht „ingedenk des unannehmbaren Leids und Schadens, die den Opfern des Einsatzes von Kernwaffen (*Hibakusha*) sowie den von Kernwaffenversuchen betroffenen Menschen zugefügt wurde.“¹ *Hibakusha* – das japanische Wort ist ein internationaler Begriff geworden. Ihr Appell, die Kernwaffen seien keineswegs ein sicherheitspolitisch notwendiges Übel, sondern ein absolutes Übel, ist in der internationalen Gemeinschaft endlich offiziell anerkannt worden.

Japan hält sich immer für die „einzige Atombombenopfernation.“ Dieser Begriff ist schon nationalistisch, weil er etwa 70.000 koreanische und noch andere ausländische *Hibakusha* ausschließt. Von diesem Problem einmal abgesehen, sollte gefragt werden, ob Japan überhaupt verdient, mit dieser Selbstbezeichnung das Vertrauen der Welt zu gewinnen.

1. Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki

Aus Sorge über die mögliche Entwicklung einer Atombombe in Nazi-Deutschland forderte Albert Einstein im Brief am 2. August 1939 den US-Präsidenten Franklin Roosevelt auf, die Erforschung der Kettenreaktion und ihrer Folgen zu intensivieren. Warum wurde Japan zum Ziel des US-Atombombenangriffes?

Am 18. September 1944 unterschrieben Churchill and Roosevelt das Hyde Park Aide-Mémoire. In diesem Memorandum hieß es, dass die Atombombe vielleicht, nach reiflicher Überlegung, gegen die Japaner eingesetzt werden könnte, wenn eine endlich zur Verfügung stünde².

¹ <http://www.un.org/depts/german/conf/a-conf-229-17-8.pdf>

² Original: when a “bomb” is finally available, it might perhaps, after mature consideration, be used against the Japanese, <https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1944Quebec/d299>

Die Unmenschlichkeit der Atombombe besteht darin,

1. dass sie mit einem Schlag in einem Augenblick zehn tausend Menschen tötete,
2. dass sie jede Menge Zivilisten wie Frauen, Kinder, Schüler und Greise völlig wahllos tötete,
3. dass sie Lebensgrundlagen wie Familien und Gemeinschaft vollständig vernichtete,
4. dass sie mit der Radioaktivität Menschenkörper dauerhaft negativ beeinflusste.

Am 6. August 1952 wurde das Mahnmal für die Opfer der Atombombe in Hiroshima errichtet. Die offizielle Übersetzung der Inschrift lautet: „Mögen alle Seelen hier in Frieden ruhen, denn wir werden die Katastrophe nie wieder zulassen.“ Die Stadt Hiroshima erklärt wie folgendes: „Dieses Monument verkörpert die Hoffnung, dass die Stadt Hiroshima, die am 6. August 1945 durch den ersten Atombombenangriff der Welt zerstört wurde, für immer eine Stadt des Friedens sein möge... Die Inschrift auf der Frontseite ist ein Gebet für den Seelenfrieden der Opfer und ein Aufruf an die gesamte Menschheit, die Katastrophe des Krieges nie mehr zu wiederholen. Es drückt den Geist Hiroshimas aus – den Leiden widerstehen, den Hass überwinden, nach Harmonie und Wohlergehen für alle streben und einen echten, dauerhaften Weltfrieden schaffen.“

Aber diese Übersetzung ist irreführend. In der zweiten Hälfte der Inschrift gibt es kein „wir“, weil Japanisch auch ohne Subjekt funktioniert. Die Wörter, die als „Katastrophe nie wieder zulassen“ übersetzt sind, hätte man eigentlich als „Fehler nie wiederholen“ übersetzen sollen.

Es ist also gar nicht klar, wer was für Fehler nie wiederholen will. Bei der offiziellen Interpretation ist der Fehler des japanischen Imperialismus, Militarismus und Angriffskrieges gar nicht gemeint. Ob die gesamte Menschheit die Verantwortung für den Atombombenangriff tragen soll? Dieser zweideutigen Haltung der Stadt Hiroshima entsprach die Hiroshima-Rede von Barack Obama am 27. Mai 2016, die er so anfang: „Vor 71 Jahren, an einem hellen wolkenlosen Morgen, fiel Tod vom Himmel und die Welt war verändert.“³

3

□ Original: Seventy-one years ago, on a bright cloudless morning, death fell from the sky and the world was changed.

Über die Ereignisse in Hiroshima und Nagasaki ist viel berichtet worden. Von der deutschen Literatur möchte ich nur „Strahlen aus der Asche“ von Robert Jungk (1959) erwähnen. Der 1913 in Berlin geborene Journalist beschrieb die Situation in Hiroshima vor und nach dem Atombombenabwurf sehr lebhaft. 1960 produzierte er eine 45-minütige Reportage mit dem gleichen Titel für den Bayerischen Rundfunk.

Der jüdische Journalist verlor einen Teil seiner Verwandtschaft wegen des NS-Verbrechens. Als er im April 1970 zum vierten mal in Hiroshima war, sagte er in einem Fernsehinterview: „Wenn ich das Wort Hiroshima höre, dann denke ich an eins der schlimmsten Verbrechen, die jemals an der Menschheit begangen worden sind; und es kommt mir sofort ein zweites Verbrechen in den Sinn und zwar dieses Verbrechen heißt Auschwitz... Ich bringe immer die beiden großen Verbrechen des Krieges, nämlich Hiroshima und Auschwitz, zusammen. In meinen Gedanken gehören sie zusammen als der Ausdruck, der Höhepunkte der Grausamkeit des Menschen gegen den Menschen.“

Jungk war nicht nur in der Friedensbewegung sondern auch in der Anti-Atombewegung engagiert. Als er im Januar/Februar 1980 zum fünften Mal in Japan war, versuchte er, ein japanisch-europäisches Anti-Atom-Netzwerk aufzubauen.

Vom Februar bis März 2013 veranstaltete ich mit einigen Arbeitskollegen eine Robert-Jungk-Ausstellung im Friedensmuseum Hiroshima. Außerdem habe ich mich an der Übersetzungsaktion von NET-GTAS (Network of Translators for the Globalization of the Testimonies of Atomic Bomb Survivors) der Kyoto University of Foreign Studies beteiligt und einige Zeugenaussagen der Atombombenüberlebenden in die deutsche Sprache übersetzt. Die Aussagenvideos auf Deutsch sind auf der Homepage der National Peace Memorial Hall for the Atomic Bomb Victims zu sehen⁴.

2. **Mythen über die Atombombe**

Die japanische Presse berichtete am 8. August 1945 auf der Titelseite über den Atombom-

4

□ https://www.global-peace.go.jp/OTHER/ot_german.php

benabwurf über Hiroshima. Über die Schadenssituation hatte man noch keinen Überblick. Trotzdem war von „der grausamen neuen Bombe, die die Menschlichkeit ignoriert“ die Rede. Auf der anderen Seite wurde bis Kriegsende unsinnige Propaganda geliefert, wie: in einem robusten Freiluftbunker sei man vor der neuen Bombe auch direkt unter der Abwurfstelle völlig sicher, oder weiße Kleidung schütze vor Brandwunden.

Anlässlich des Atombombenangriff auf Hiroshima sandte die japanische Regierung am 10. August 1945 über die Schweizer Regierung einen Protestbrief an die USA. Dort steht deutlich: „Die Bombe in diesem Fall, welche die Vereinigten Staaten diesmal benutzten, übertrifft bei weitem den wahllosen und grausamen Charakter der Effizienz von Giftgas und anderer Waffen, deren Verwendung bisher wegen dieser Effizienz verboten war.“ Das war der einmalige Protest der japanischen Regierung gegen die USA. Weder in der Besatzungszeit noch nach der Zurückgewinnung der nationalen Souveränität am 28. April 1952 hat sie einen Protest wegen der Atombombenabwürfe gewagt. Warum?

Einen Schlüssel, diese Frage zu beantworten, bietet der Kaiserliche Erlass über das Kriegsende an, den Hirohito am 15. August in einer Radioansprache verlas. Dort heißt es: „Darüber hinaus hat der Feind begonnen, eine neue und äußerst grausame Bombe einzusetzen, deren Zerstörungskraft unberechenbar ist, und die viele unschuldige Leben gefordert hat. Sollte weitergekämpft werden, würde dies nicht nur zum ultimativen Zusammenbruch und der Auslöschung der japanischen Nation führen, sondern auch zum vollständigen Aussterben der menschlichen Zivilisation.“ Der japanische Tenno habe folglich der bedingungslosen Kapitulation seines Landes zugestimmt, um den Weltuntergang durch Atombombenabwürfe zu vermeiden.

In Wirklichkeit war für die japanische Führung die Kriegsbeteiligung der Sowjetunion wesentlich schockierender als die Atombombenabwürfe. Denn sie hatte wegen des Neutralitätspakts vom 16. September 1941 große Hoffnung, dass die Sowjetunion die Friedensverhandlung zwischen Japan und den Alliierten vermitteln würde. Aber der Kreml hatte sich in einer Geheimabsprache auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 verpflichtet, zwei bis drei Monate nach der deutschen Kapitulation den Krieg gegen Japan zu eröffnen. Am 5. April kündigte er den Pakt auf. Die sowjetische Kriegserklärung an Japan am 8. August 1945 machte die Hoffnung Japans zunichte.

Aber die Atombombenabwürfe und die sowjetische Kriegsbeteiligung schienen der japanischen Führung wie eine „göttliche Hilfe“, wie der damalige Marineminister Mitsumasa Yonai es formulierte. Denn sie konnte für die Kriegsniederlage die äußeren Faktoren wie die „neue und äußerst grausame Bombe“ und die „Vertragsverletzung“ verantwortlich machen, nicht die eigene fehlerhafte Kriegsführung.

Dieses Narrativ war auch für die USA günstig. Wenn die US-Atombombe zum Sieg der Alliierten geführt hatte, erwies sich das Manhattan-Projekt, für das man Milliarden Dollar investiert hatte, als erfolgreich. Damit konnten die USA der Welt ihren Machtanspruch deutlich zeigen.

Der US-amerikanische Atomwaffenexperte, Wilson Ward, bezeichnet die These, die Atombombe sei der Grund für die Kapitulation Japans als Mythos. Er erklärt wie folgendes: „Der Atombombe die Schuld am verlorenen Krieg zu geben, fegte mit einem Schlag alle Fehler und Fehleinschätzungen unter den Teppich. Die Bombe war die perfekte Erklärung dafür, den Krieg verloren zu haben⁵.“

5

□ In a single stroke, blaming the loss of war on the atomic bomb swept all mistakes and misjudgements under the rug. The bomb was the perfect explanation for having lost the war. Wilson Ward, Five myths about nuclear weapons, Boston/New York 2013, pp.47-49.

Die vier anderen Mythen sind:

- Die H-Bombe, mehrere tausend Mal mächtiger als Atombombe, sei „eine revolutionäre Waffe“.
- Die nukleare Abschreckung funktioniere verlässlich.
- Kernwaffen schützten Frieden und Sicherheit.
- Es gebe keine Alternative, weil man die Erfindung der Nukleartechnologie nicht rückgängig machen könne.

4

Noch konkreter gesagt, die Niederlage Japans der Atombombe zuzuschreiben, hat den folgenden politischen Zwecken gedient.

1. es half, die Legitimität des Tenno zu bewahren.
2. es weckte das internationale Mitleid.
3. die Äußerung aus Japan, die Bombe habe den Krieg gewonnen, hat seinem amerikanischen Sieger gut gefallen.

Schließlich fasst er zusammen: „Ideen können fortbestehen, weil sie wahr sind. Aber unglücklicherweise können sie auch fortbestehen, weil sie emotional befriedigend sind.“⁶⁴ Diese These ist von der japanischen Seite bestätigt worden.

Bei der Pressekonferenz am 31. Oktober 1975 sagte Hirohito zur Frage des Atombombenabwurfs: „Dass die Amerikaner auf Hiroshima und Nagasaki Atombomben abwarfen, ist bedauerlich. Die Bevölkerung von Hiroshima tut mir leid, aber ich denke, es war unvermeidlich.“ Am 3. Juli 2007 musste der Verteidigungsminister Akio Kyûma, dessen Wahlkreis ausgerechnet in Nagasaki ist, zurücktreten, weil er de facto die amerikanischen Atombombenabwürfe akzeptierte.

3. **Strikte Beschränkung der Redefreiheit über die Atombombe unter der amerikanischen Besatzung**

6

□ Original: Ideas can persist because they are true, but unfortunately, they can also persist because they are emotionally satisfying.

5

Am 19. September 1945 verkündete der Oberkommandierende der Alliierten Mächte, General Douglas MacArthur, den Pressekodex für Japan. Der Kodex zielte hauptsächlich darauf ab, die Kritik gegen die Besatzungsmacht zu verhindern. Sie zensierte Zeitungen, Zeitschriften, Bücher und sogar Briefe. Schriften über die Atombombe wurden besonders streng zensiert.

Davor gab es noch einen gewissermaßen Freiraum für die japanische Presse, weil die Zensurmaßnahmen regional noch unterschiedlich waren. Die Osaka-Ausgabe der Asahi-Zeitung vom 4. September 1945 berichtete mit vier Bildern der Atombombenopfer unter dem Titel „unerträglicher Anblick dieser Grausamkeit“. In der Tokio-Ausgabe stand allerdings keine Zeile darüber.

Natürlich wurden die Fotos von Atombombenopfern im Zeitungsverlag sofort auf Eis gelegt. Erst nach dem Ende der Besatzung wurden sie in der Sonderausgabe von „Asahigraph“ vom 6. August 1952 veröffentlicht.

Für die US-Besatzungsmacht war der Artikel von Wilfred Burchett im Daily Express vom 5. September 1945 viel bestürzender, weil der Journalist aus Australien kam. Er schrieb, „In Hiroshima, 30 Tage nachdem die erste Atombombe die Stadt zerstörte und die Welt erschütterte, sterben Menschen noch mysteriös und schrecklich – Menschen, die von der Katastrophe unverletzt waren – von einem unbekanntem etwas, was ich nur als atomare Pest bezeichnen kann.“

Am nächsten Tag erklärte Thomas Farrell, stellvertretender General des Manhattan-Projekts, bei der Pressekonferenz in Tokio, alle diejenigen, die sterben sollten, seien schon gestorben und es gebe niemanden mehr in Hiroshima und Nagasaki zu diesem Zeitpunkt, der unter Strahlungsauswirkung leide⁷. Bei dieser Pressekonferenz war Burchett dabei. Die Erklärung von Farrell stand eindeutig im Widerspruch zu dem, was der Journalist in Hiroshima mit seinen eigenen Augen gesehen hatte. Letztendlich blockierte der General die Fragestellung von Burchett mit der Äußerung: „Du bist wohl ein Opfer der japanischen Propaganda.“

Es war aber Farrell, der Unwahrheiten propagierte. Er wusste ganz genau, dass die Radioaktivität eine ernsthafte Wirkung auf den menschlichen Körper hat. Denn die Mitglieder des Manhattan-Projekts hatten die Möglichkeit der Verwendung von radioaktiven Materials als Kriegswaffe überlegt.

Aber der Amerikaner konnte einfach nicht den Bericht von Burchett bestätigen. Sonst hätte das bedeutet, dass die USA mit der „neuen und äußerst grausamen Bombe“ Kriegsverbrechen begangen haben, wie die japanischen Regierung im Protestbrief behauptete. Seitdem wurde was

7

□ Original: all those who were going to die had already died, and there was no longer anyone suffering from radiation effects in Hiroshima and Nagasaki at that point. Zitiert nach: Yuko Shibata, The valorization of the atomic bomb: blast power over the after-effects of radiation, in: Yasuko Claremont (ed.), Civil society and postwar Pacific Basin reconciliation: wounds, scars and healing, London/New York, 2018, p.94.

nicht mit der Erklärung von Farrell übereinstimmte, als „lügenhafter und destruktiver Kommentar zu Besatzungsmächten“ betrachtet und mit Publikationsverbot und Beschlagnahme bestraft. Aber auch nach dem Ende der US-Besatzung ist die japanische Regierung immer noch von der Erklärung von Farrell gebannt.

4. Die Mittäterschaft der Ärzte

Bei der Verleugnung der Restradioaktivität spielten auch amerikanische und japanische Ärzte eine große Rolle. Im September 1945 wurde die Armed Forces Joint Commission for Investigating Effects of the Atomic Bomb in Japan organisiert, um medizinische Auswirkungen der Atombombe zu untersuchen. Japanische Ärzte waren auch dabei. Auf Grund dieser Untersuchungsarbeit hätte die Kommission United States Strategic Bombing Survey einen Bericht veröffentlichen können, dessen Inhalt die Äußerung von Farrell widerlegen sollte. Die Veröffentlichung verhinderte aber General Leslie Groves, Leiter des Manhattan-Projekts.

Im Februar 1947 veröffentlichte der US-Kriegsminister a.D. Henry Stimson den Artikel „the decision to use the atomic bomb“⁸. Darin behauptete er, dass die Invasion der Alliierten eine Million amerikanische und noch viel mehr japanische Opfer gekostet hätte. Im nächsten Monat wurde das Dokudrama „The Beginning or the End“ uraufgeführt, das das Manhattan-Projekt und den Atombombenabwurf auf Hiroshima als Erfolgsgeschichte darstellte.

Im Zeichen der Propagierung, die Atombombe zu rechtfertigen, wurde im März 1947 die Atomic Bomb Casualty Commission (ABCC) in Hiroshima gegründet (in Nagasaki im Juli 1948). Diese Untersuchungskommission sammelte die Informationen nicht nur von etwa 100.000 Hibakusha sondern auch von fast allen Neugeborenen. Sie ging mit ihnen lebenslang buchstäblich wie Versuchskaninchen um. Denn sie rief die betreffenden Personen immer wieder zu sich ohne Entschädigung für Arbeitsausfall. Die Leute wurden nur untersucht (oft ausgezogen) und gar nicht medizinisch behandelt. Mit Hilfe der Stadtverwaltung, Gesundheitsamt, Ärzten und Heb-ammern sammelte die Kommission persönliche Daten der Hibakusha. Sie legte totgeborene Kinder und innere Organe von gestorbenen Hibakusha in Formalin ein und schickte sie in die USA, und zwar ohne Genehmigung der Hinterbliebenen. Und sie kam zur Schlussfolgerung, dass es fast keinen genetischen Einfluss auf die Kindergeneration von Hibakusha gibt.

Angesichts der Kritik von japanischen Bürgern wurde die ABCC 1975 in RERF (Radiation Effects Research Foundation) umstrukturiert. Es wird heute noch kritisiert, dass diese Forschungsgemeinschaft der Strahlungsauswirkung nach wie vor zu militärischen Zwecken dient.

8

□

<https://www.atomicheritage.org/key-documents/stimson-bomb>

5. Glücklicher Drache V

1954 wurden Japaner zum dritten Mal Opfer der US-amerikanischen Kernwaffen. Der japanische Fischkutter, *Daigo Fukuryû Maru*, das heißt Glücklicher Drache V, wurde am 1. März 1954 im Bereich des radioaktiven Niederschlags des H-Bombentests im Bikini-Atoll kontaminiert, obwohl er 160 Kilometer östlich vom Explosionszentrum bzw. 30 Kilometer vom Sperrseegebiet entfernt war. Gegen 4 Uhr sahen die Seemänner ein seltsames Licht. Es wurde ab und zu halbdunkel. Ab etwa 6.30 Uhr beobachteten sie ein weißes Pulver wie Schnee, das während 5 - 6 Stunden immer mal wieder herabfiel. Das Schiffsdeck wurde ganz weiß⁹.

Während der Heimfahrt, die zwei Wochen lang dauerte, erkrankten alle 23 Besatzungsmitglieder an akuter Strahlenkrankheit wie Brandwunden, Kopfschmerzen, Erbrechen, Augenschmerzen, Zahnfleischblutungen und Haarausfall. Der Funker Aikichi Kuboyama verstarb am 23. September 1954 daran. Sein Vermächtnis: „Lasst mich das letzte Kernwaffenopfer sein.“¹⁰

9

□ Ironischerweise wurde das sogenannte „Atomkraftbudget“ von 245 Millionen Yen am 2. März 1954, fast gleichzeitig mit diesem Ereignis, im japanischen Parlament verabschiedet.

10

□ 1960 komponierte der deutsche Komponist, Herbert Eimert, das Stück „Epitaph für Aikichi Kuboyama für Sprecher und Sprachklänge“.

8

Schätzungsweise gab es insgesamt 992 japanische Fischkutter, auf die „Todesasche“ fiel. Weil Fisch für Japaner damals eine wichtige Proteinquelle war, verbreitete der „Atombombenthunfisch“ unter der Bevölkerung große Angst. Die Anti-Kernwaffenbewegung fand großes Echo. Die US-Regierung machte sich Sorgen, dass sich diese Bewegung möglicherweise zu einer anti-amerikanischen Bewegung wandeln könne. Die japanische Regierung wollte die Irritation der US-Regierung vermeiden, weil sie wirtschaftlich von den USA abhängig war.

Ende 1954 trafen sich der US-Botschafter John Moore Allison und der japanische ehemalige Außenminister Mamoru Shigemitsu, der am 2. September 1945 die Kapitulation Japans mitunterzeichnet hatte. Gegenüber dem amerikanischen Entschädigungsvorschlag von 150 Millionen Dollar forderte Shigemitsu 200 Millionen Dollar. Außerdem verlangte er die Freilassung der japanischen Kriegsverbrecher. Er ging davon aus, dass die öffentliche Meinung in Japan dadurch amerikafreundlicher würde. Es wurde vereinbart, dass Japan zur gemeinsamen Verteidigungsausgabe beiträgt, im Bezug darauf, dass die Selbstverteidigungsstreitkräfte am 1. Juli 1954 eingerichtet worden war.

Letzten Endes bezahlte die US-Regierung im Januar 1955 der japanischen Regierung zwei Millionen Dollar als Abfindung (*ex gratia payment*), und zwar unter der Bedingung, dass die japanische Regierung nicht mehr wegen dieses H-Bombentests die US-Regierung zur Rechenschaft zieht. Auf der anderen Seite hatten die USA schon im April 1954 versucht, die radioaktive Verstrahlung des japanischen Fischkutters zu bagatellisieren und die „unerwünschten Haltungen der Japaner auszugleichen“¹¹. Zu diesem Zeitpunkt gingen die USA davon aus, dass der Seemann stirbt, und stellten den Plan auf, als Ursache des anhaltenden Krankheitszustandes der japanischen Patienten Staub von Korallen zu nennen.

Auf der anderen Seite wurde die Tragödie von *Daigo Fukuryū Maru* zum Anlaß der Anti-atombewegung in Japan und in der Welt. Mitte Mai fingen die Hausfrauen in Tokio mit einer Unterschriftaktion an. Innerhalb eines Monats sammelten sie 266.000 Unterschriften. Schließlich unterschrieben 32,6 Millionen Bürger in Japan und 670 Millionen Bürger weltweit. Am 6. August 1955 fand der erste Weltkongress zum Verbot der Kernwaffen in Hiroshima statt.

6. **Der Friedensnobelpreis, der zurückgegeben werden sollte**

1974 erhielt Eisaku Satō, Ministerpräsident Japans von 1964 bis 1972, als erster Asiate den Friedensnobelpreis. Das Nobel-Komitee begründete diese Preisverleihung damit, dass er als Regierungschef den Friedenswillen des japanischen Volkes vertreten und 1970 den Atomwaf-

11

□ “Outline Check List of U.S. Government Actions to Offset Unfavorable Japanese Attitudes to the H-Bomb and Related Developments” von Operation Coordinate Board of the US National Security Council am 22. April 1954.

fensperrvertrag (NVV) unterzeichnet hatte¹².

Aber dem Nobel-Komitee war bewusst, dass die Friedenspreisverleihung an Satô problematisch war. Die japanische Linke beschuldigte ihn, ein gehorsamer Diener amerikanischer Interessen zu sein. In der Tat unterstützte er den amerikanischen Vietnam-Krieg ohne Vorbehalt. Mit dem Grundlagenvertrag zwischen Japan und Südkorea 1965 vertiefte er die Spaltung der koreanischen Halbinsel.

Auf der anderen Seite werden die „Drei nicht-nuklearen Prinzipien“ und die Rückgabe Okinawas durch die USA an Japan 1972 oft als sein Verdienst beurteilt. Aus heutiger Sicht hat diese Sichtweise durch neue Akten weitgehend Glaubwürdigkeit verloren.

Anlässlich der Kubakrise im Oktober 1962 wurden die Gefahren eines möglichen Atomkrieges zum ersten Mal in der Geschichte bei der breiten Weltöffentlichkeit deutlich, was zur Forderung nach einer nuklearen Abrüstung führte.

Am 5. August 1963 wurde das Moskauer Atomteststoppabkommen zwischen Großbritannien, der Sowjetunion und den USA geschlossen. Am 1. Juli 1968 wurde der Atomwaffensperrvertrag in Washington, Moskau und London von 62 Staaten unterzeichnet. Der Vertrag trat am 5. März 1970 in Kraft.

In diesem Zeitraum gelang der Volksrepublik China am 16. Oktober 1964 in Xinjiang der erste Atomwaffentest. Damit wurde China die fünfte Atommacht, was die japanische Öffentlichkeit empörte¹³. Im Januar 1965 sagte der Ministerpräsident Satô bei seinem ersten USA-Besuch

12

□ https://www.nobelprize.org/nobel_prizes/peace/laureates/1974/sato-facts.html

13

□ Die KPJ zeigte allerdings das Verständnis, der chinesische Atomwaffentest sei eine defensive Maßnahme.

10

dem US-Präsidenten Lyndon B. Johnson und dem Außenminister Dean Rusk, Japan solle Atomwaffen besitzen, wenn China sie habe. Johnson versicherte Satō den US-Atomschirm. Satō behielt seine fixe Idee der atomaren Bewaffnung, auch angesichts der atomkritischen öffentlichen Meinung, für sich.

Satō formulierte am 11. Dezember 1967 im Haushaltsausschuss des Unterhauses die „Drei nicht-nuklearen Prinzipien“, die zum politischen Leitsatz Japans geworden sind. Das bedeutet, dass Japan keine Nuklearwaffen herstellen, besitzen und einführen soll. Diese Prinzipien ergänzte der Ministerpräsident im Unterhaus im Januar 1968 mit „Vier Stützen der Nuklearpolitik“. Das bedeutet:

1. Japan hält an den Drei nicht-nuklearen Prinzipien fest.
2. Japan arbeitet auf eine weltweite nukleare Abrüstung hin.
3. Japan verläßt sich auf den Schutz durch die amerikanische Nuklearstrategie.
4. Japan setzt sich für eine friedfertige Nutzung der Nuklearenergie ein.

Trotz dieser Haltung unterzeichnete Japan den Atomwaffensperrvertrag erst im Februar 1970 und ratifizierte ihn im Juni 1976¹⁴. Warum war die japanische Regierung so zögerlich?

Erst im November 1994 ist klar geworden, dass das „Kabinetts-Nachrichten- und -Untersuchungsbüro“ (Cabinet Intelligence and Research Office) unter dem Ministerpräsidenten Satō vom Frühsommer 1967 2,5 Jahre lang mit etwas über zehn Fachleuten die Möglichkeit der nuklearen Bewaffnung untersucht hatte. Seine Schlussfolgerung: die nukleare Bewaffnung sei zwar möglich aber nicht durchsetzbar. Es ist schon bemerkenswert, dass eine Regierungsinstitution der sogenannten „einzigen Atombombenopfernation“ kein Vierteljahrhundert nach dem Krieg unter größter Geheimhaltung die nukleare Bewaffnung recherchierte.

Bei der UNO-Generalversammlung im September 1967, wo die Diskussion um den Atomwaffensperrvertrag zu Ende ging, bemühte sich Japan darum, dass dieser Vertrag die Sicherheitspolitik der kernwaffenfreien Staaten, die mit Atommacht verbündet sind, nicht erschweren sollte. Das Einsatzverbot der Atomwaffen war für die „einzige Atombombenopfernation“ keineswegs

□ Die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete den Atomwaffensperrvertrag am 28. November 1969, während die DDR von Anfang an dabei war.

realistisch. Also, Japan war kein strikter Gegner der Nuklearwaffen¹⁵.

Die „Drei nicht-nuklearen Prinzipien“ waren im Zusammenhang mit der Rückgabe von Okinawa von Anfang an nur nominal. Erst 1994 wurde bekannt, dass der japanische Ministerpräsident Eisaku Satō und der US-Präsident Richard Nixon am 19. November 1969 ein Geheimabkommen unterzeichnet hatten. Danach akzeptierte Japan, dass die USA bei einem Ernstfall Kernwaffen in Okinawa einführen. Dasselbe versicherte der damalige Amtschef für Verteidigung, Yasuhiro Nakasone, bei seinem USA-Besuch am 10. September 1970 dem amerikanischen Verteidigungsminister Melvin Laird. Die Absicht Japans, den „Drei nicht-nuklearen Prinzipien“ ihre Kraft zu nehmen, wurde noch unverblümt den bundesdeutschen Vertretern gezeigt.

7. Heimlicher Vorschlag Japans, mit der Bundesrepublik Kernwaffen zu entwickeln

Im Februar 1969 besuchte Egon Bahr Tokio. Er war damals der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt und leitete den Planungsstab. Zweck seines Japan-Besuches waren die ersten Konsultationen der Planungsstäbe des japanischen und bundesdeutschen Außenministeriums, die auf Initiative Japans aufgenommen werden sollten. Seine Aufzeichnung kann man in seinen Memoiren und in der offiziellen Dokumentation nachlesen.

Bei den Konsultationen der bundesdeutsch-japanischen Planungsstäbe, die vom 3. - 6. Februar 1969 dauerten, ging es darum, wie sich die beiden Länder als Mittelmächte zu den Supermächten verhalten sollten, die den Atomwaffensperrvertrag vorantrieben¹⁶. Bahr zeichnet die

15

□ Eisaku Satō war ein leiblicher Bruder von Nobusuke Kishi, Großvater von Shinzō Abe. Kishi äußerte sich als Ministerpräsident am 7. Mai 1957, Atomwaffen zur Selbstverteidigung seien keineswegs verfassungswidrig.

16

Stimmung der japanischen Teilnehmer so auf:

„Alte groß-asiatische Träume leben unter der Oberfläche weiter. Einer platzt heraus, er sei gegen den Artikel 9. Anders als wir sind sie derartig eisern gegen Wiederbewaffnung geblieben, dass es keine Schwierigkeit für den Aufbau ihrer Atomindustrie gab und für die Entwicklung ei-gener Raketen. Wenn es eines Tages notwendig wird, ist beides zu kombinieren, nur eine Frage des Willens, nicht des Könnens. Ein unheimliches hohes Kichern erfüllt den kleinen Raum.¹⁷“

Im offiziellen Dokument spricht Bahr von der „zum Teil schockierende[n] Offenheit der japanischen Gesprächspartner mit Wissen der Leitung des Außenministeriums¹⁸.“ Nach Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags rechne der japanische Planungsstab damit, dass sich innerhalb der kommenden 10 - 15 Jahre „außergewöhnliche Ereignisse“ ergeben würden, die es

□ Vgl. Maik Hendrik Sprotte, Egon Bahr und sein Japan-Besuch 1969: Japanische Atomwaffen als ‚Frage des Willens, nicht des Könnens‘?“ in: Bochumer Jahrbuch zur Ostasienforschung, 36 / 2012, S. 213–247.

17

□ Egon Bahr, Zu meiner Zeit, München 1996, S.238.

18

13

Japan ermöglichen, sich den Verpflichtungen des Vertrages wieder zu entziehen. Und die jüngeren Mitarbeiter des japanischen Planungsstabes sollen angedeutet haben, dass auch die sorgfältigste internationale Kontrolle nicht verhindern könne, dass etwa 5 % des spaltbaren Materials entzogen würden, womit ein Grundstock für die Herstellung nuklearer Sprengköpfe gelegt sei. (Aus seinem Raumprogramm besitzt Japan Raketen, die zweifellos zu Trägerwaffen umgebaut werden könnten.)

Die japanischen Diplomaten interpretierten den Atomwaffensperrvertrag als eine Art atomare Eindämmungspolitik gegen Japan und Deutschland. Sie waren selbstbewusst, „die Position Japans als erster Ordnungsmacht in Asien“ aufzubauen. Sie verrieten den bundesdeutschen Kollegen ihre Ambition, durch die nukleare Aufrüstung „auf Ebenbürtigkeit als Supermacht hinaus [zu]laufen.“ Für sie war der Verfassungsartikel 9, der den Unterhalt einer Armee sowie kriegerische Aktivitäten verbietet, nicht mehr als ein Instrument, um der US-Forderung nach höheren Militärausgaben auszuweichen. Ein diplomatisches Konzept, das auf dem Artikel 9 basiert ist, kam ihnen gar nicht in Frage.

Auch in der Bundesrepublik zeigten zwar manche Politiker ihre Unzufriedenheit mit dem Atomwaffensperrvertrag. Der Ex-Bundeskanzler Konrad Adenauer bezeichnete ihn als „Morgenthau-Plan im Quadrat¹⁹“. Aber in Europa waren die Erinnerungen an das NS-Verbrechen und den Zweiten Weltkrieg viel eindeutiger als in Japan im eigenen Kontext. Deutschland war noch geteilt. Im Zeichen der Konkretisierung des Konzepts „Wandel durch Annäherung,“ für das Egon Bahr und Willy Brandt bereits im Juli 1963 plädiert hatten, gab es für die Bundesrepublik überhaupt keinen Spielraum, ohne Rücksicht auf Nachbarstaaten mit Japan heimlich Kernwaffen zu entwickeln und damit zu „Supermächten“ werden zu wollen.

8. Störfaktor für die atomfreie Welt

Nach dem Ende des Kalten Krieges schien die „Feindstaatklausele“ der UN-Charta obsolet²⁰.

□ Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, München 2000, S.198.

<https://www.degruyter.com/downloadpdf/books/9783486718188/9783486718188.165/9783486718188.165.pdf>

□ Der Spiegel, 27. Februar 1967.

2005 versuchten Deutschland und Japan mit Indien und Brasilien einen ständigen Sitz im Unosicherheitsrat zu bekommen, aber vergeblich.

Der wesentliche Unterschied zwischen Deutschland und Japan ist, dass letzteres Nutznießer des Kalten Krieges war. Ohne Gesamtentwurf, wie Japan mit der Welt nach dem Kalten Krieg umgehen soll, folgt das Land nach wie vor treu der Atomstrategie der USA. Das wurde beim Verfahren beim Internationalen Gerichtshof zu Kernwaffen Mitte der 1990er Jahre deutlich gezeigt. Während die Oberbürgermeister von Hiroshima und Nagasaki die Illegalität des Gebrauchs von Kernwaffen und der Abschreckung mit Kernwaffen vertraten, versuchte die japanische Regierung zuerst ihre Position niederzuschreiben, der Gebrauch von Kernwaffen verstoße nicht unbedingt gegen das Völkerrecht.

Japan ist der einzige Staat, der als Nichtatommacht Wiederaufarbeitungsanlagen von Kernbrennstoffen hat. Dieses Sonderrecht Japans ist natürlich auf die USA zurückzuführen. Mit dem Atomabkommen von 1955 boten die USA Japan Forschungsreaktoren und angereichertes Uran an. 1968 wurde dieses Abkommen revidiert, um Privatunternehmen das Kernenergiegeschäft zu öffnen. Da wurde bestimmt, dass Japan die Einwilligung der USA braucht, um den in den USA produzierten Kernbrennstoff in Kernkraftwerken zu verbrennen und durch Wiederaufarbeitung von abgebrannten Kernbrennstoffen Plutonium herzustellen.

Inzwischen besitzt Japan soviel Plutonium, dass man damit 6.000 - 7.000 Atombomben von Typ Nagasaki bauen könnte. Besonders nachdem Nordkorea am 9. Oktober 2006 den ersten Atomtest durchgeführt hatte, verlangten immer mehr konservative Politiker die atomare Bewaffnung Japans. Für sie ist es selbstverständlich, zu zeigen, dass Japan durch Herstellung von Plutonium das Potential dazu hat.

Dass die japanische Außen- und Sicherheitspolitik militärisch orientiert ist und die moralisch-ethische Grundlagen außer acht lässt, zeigt sich in der Tatsache, dass die japanische Regierung Ende Februar 2009 strikt gegen die eventuelle nukleare Abrüstung der Obama-Administration war und sogar die USA zur Verstärkung des nuklearen Potenzials der USA aufforderte²¹.

□ Als „Feindstaaten“ werden in Artikel 53 jene Staaten definiert, die während des Zweiten Weltkrieges Feind eines Signatarstaates der UN-Charta waren, also primär Deutschland und Japan.

Gleichzeitig stimmte sie dem US-Vorschlag zu, in Okinawa ein Atomlagerhaus zu bauen.

Unter dem Zweiten Kabinett von Shinzō Abe seit 2012 ist die Militarisierung noch deutlicher geworden. Am 1. April 2016 beschloss das Kabinett Abe, dass die Verfassung den Besitz und den Gebrauch von Kernwaffen nicht unbedingt verbietet, soweit es aller notwendigst bleibt. Am 26. des gleichen Monats erklärte es, auch Chemie- und Biowaffen seien OK. Soweit ist schon klar, warum Japan dem Atomwaffenverbotsvertrag den Rücken zeigt. Die Regierung hat weder den Willen noch die Fähigkeit, mit moralischer Autorität die Initiative bei der nuklearen Abrüstung zu ergreifen.

Aber auch Deutschland hat ein atomares Problem. Seitdem Donald Trump zum US-Präsidenten gewählt worden war, behaupten manche Politiker und „Experten“ wie CDU-Außenpolitiker Roderich Kiesewetter, dass über ein deutsches Engagement für europäische oder gar deutsche Atomwaffen nachgedacht werden müsse²². Was tun gegen die absurde Idee „mehr Atomwaffen gleich mehr Sicherheit“, die sowohl in Deutschland wie in Japan plädiert wird?

9. Zur Zusammenarbeit der Zivilgesellschaften

Für eine atomfreie Welt braucht man die Zusammenarbeit der Zivilgesellschaften. Ich möchte Ihnen eine Symbolfigur vorstellen. Das ist Sumiteru Taniguchi, der im August 2017 gestorben ist. Er war 16 Jahre alt und lieferte als Postbote Briefe auf dem Fahrrad aus, als ihn die Atombombe am 9. August 1945 erfasste. Etwa 1,8 Kilometer vom Epizentrum der Explosion entfernt, wurde fast sein gesamter Rücken von der Hitzewelle verbrannt. Der Junge musste über dreieinhalb Jahre im Krankenhaus verbringen; lange Zeit konnte er nur auf dem Bauch liegen. Zeit

□ <https://allthingsnuclear.org/gkulacki/nuclear-hawks-take-the-reins-in-tokyo>

□ Vgl. <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2017/US-Atombomben-in-Deutschland-und-Donald-Trump,atombombe100.html>

seines Lebens litt er unter starken Schmerzen, denn sein Rücken war fast vollständig von Ke-loiden übersät, was zu unerträglicher körperlicher Hitze im Sommer und eisiger Kälte im Winter führt, zumal die Durchblutung stark gestört war.

Auf Einladung des FDGB wurde Taniguchi 1961 drei Monate lang in Ostberlin behandelt. Er fand deutsche Krankenschwestern netter als japanische. Von ihnen hat er ein bisschen Deutsch gelernt. Dieser angenehme, aber kostspielige Aufenthalt brachte ihm jedoch keine Linderung. Die Ärzte waren sich einig, dass viele Operationen nötig sein würden, um seinen linken Arm wieder ins Lot zu bringen, und zwar ohne Garantie für den endgültigen Erfolg. Außerdem war er nicht fit genug, um sich einer Reihe von Operationen zu unterziehen. Taniguchi kam deswegen ohne Operation nach Nagasaki zurück²³.

Der DDR-Aufenthalt war die erste Auslandsreise von Taniguchi. Seitdem hat er ein halbes Jahrhundert lang in der Welt die Abschaffung der Nuklearwaffen angemahnt. 2010 reiste er anlässlich der Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags nach New York. Bei einer Sitzung der Nichtregierungsorganisationen zeigte er das Foto seines verbrannten Rückens und sagte, man solle nicht wegsehen und könne nicht mit Kernwaffen zusammenleben. Gleich nachdem der Atomwaffenverbotsvertrag angenommen worden war, sandte er eine Videobotschaft vom Krankenhaus: „Das ist eine erfreuliche Nachricht. Man sollte sich bemühen, dass die Nuklearwaffen so bald wie möglich abgeschafft werden.“ Nächstes Jahr soll der Dokumentarfilm „Postbote aus Nagasaki“ fertig sein.

Die große Mehrheit der Bevölkerung in Japan und Deutschland muss den letzten Willen von Taniguchi positiv angenommen haben. Mitten in der Nordkoreakrise wollten 82 Prozent der Japaner an den „Drei-nichtnuklear-Prinzipien“ festhalten²⁴. Laut einer privaten Fernsehanstalt

23

□ Peter Townsend, *The postman of Nagasaki*, Harmondsworth, Middlesex 1985, pp.162f.

Der Autor war im

Zweiten Weltkrieg Jagdflieger und schoss den ersten deutschen Bomber über Großbritannien ab.

24

waren im Dezember 2017 57 Prozent der Meinung, dass Japan dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten soll²⁵.

In Deutschland wollen 70 Prozent der Bundesbürger, dass die Atomsprengköpfe aus Büchel (Rheinland-Pfalz) verschwinden (16 Prozent sind dagegen). Und 71 Prozent sprechen sich dafür aus, dass die Bundesregierung dem UN-Atomwaffenverbot beitrifft (13 Prozent sind dagegen)²⁶.

Japan und Deutschland haben als ehemalige „Feindstaaten“ besondere Verantwortung für eine friedliche Welt. Uns, den Bürgern in den beiden Ländern geht es darum, auf die eigenen Regierungen Druck zu machen, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten. Und wir sollten uns mit anderen Weltbürgern zusammen engagieren, damit dem Vertrag recht bald normative Geltung verschafft wird und das Bulletin of the Atomic Scientists

□ 13 Prozent wollten sie revidieren. Asahi-Shimbun, 7. April 2014.
25

□ 22 Prozent waren dagegen. http://www.tv-asahi.co.jp/hst_archive/poll/201712/
26

keine Atomkriegsuhr mehr zeigen muss.

Eiichi Associate Professor für Int. Politik
Universität Osaka / JAPAN KIDO

Vortrag gehalten am 14.09.2018
in der Evangelischen Akademie Braunschweig. Alter Zeughof 3
auf Einladung des Arbeitskreis Japan in der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig

□ <https://www.icanw.de/neuigkeiten/umfrage-deutsche-wollen-abzug-der-atomwaffen/>